

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1901

9.1.1901 (No. 8)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 9. Januar.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 60 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsru. Ztg.“ — gestattet.

N^o 8.

1901.

Die Eröffnung des Preussischen Landtags. (Telegramm.)

Berlin, 8. Januar.

Der Landtag wurde heute Mittag durch den Reichskanzler und Ministerpräsidenten Grafen von Bülow mit folgender Thronrede eröffnet:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

Seine Majestät der Kaiser und König hat mich mit der Eröffnung des Landtages der Monarchie zu beauftragen geruht.

Die Finanzlage des Landes ist fortbauern günstig. Das abgeschlossene Rechnungsjahr 1899 hat ebenso wie das vorangegangene Jahr trotz des starken Steigens der Ausgaben auf allen Gebieten staatlicher Thätigkeit einen beträchtlichen Ueberschuß ergeben. Für das laufende Jahr darf ein gleiches erwartet werden. Der Staatshaushaltsetat für 1901, dessen Entwurf Ihnen alsbald vorgelegt werden wird, hält in Einnahme und Ausgabe das Gleichgewicht. Eine erhebliche Vermehrung der Einnahmen, zu der, wie in den Vorjahren, überwiegend die Einnahmen der Betriebsverwaltungen des Staates neben gesteigerter Steuereinkünfte beitragen, haben es gestattet, dem Ausgabebedürfnis aller Verwaltungsweize in weiterem Umfange Rechnung zu tragen und insbesondere einmalige und große Aufwendungen in reichlichem Maße vorzusehen.

Die wirtschaftlichen und finanziellen Ergebnisse der Staatsbahnen sind zufriedenstellend und auch für das nächste Jahr ist ein günstiges Ergebnis zu erwarten. Zur Erweiterung und Vervollständigung des Staatsbahnennetzes und zur Förderung der Kleinbahnenunternehmungen werden wiederum erhebliche Mittel von Ihnen erbeten werden.

Die Steigerung der Provinzialabgaben erfordert die ernste Beachtung der Staatsregierung. Auf eine Abhilfe hinzuwirken ist umso mehr geboten, als diese Belastung in den an sich wirtschaftlich schwächeren Landesteilen besonders in die Erscheinung tritt und sich infolge der schwierigen Lage der Landwirtschaft in verschärftem Maße geltend macht. Die Staatsregierung beabsichtigt daher in Ergänzung des Dotationsgesetzes den Provinzen für bestimmte Zwecke weitere Staatsmittel zu überweisen, besonders zur Ausgleichung der Verschiedenheit in der Ausstattung mit Mitteln für den Wegebau. Sie wird bemüht sein, dem Landtage noch in der gegenwärtigen Tagung eine entsprechende Vorlage zu machen.

Die bei den Verhandlungen des Hauses der Abgeordneten über die Kanalvorlage des Jahres 1899 ausgesprochenen Wünsche haben der Staatsregierung Veranlassung gegeben, einen neuen und erweiterten Plan aufzustellen, der bestimmt ist, den Bedürfnissen der verschiedenen Landesteile der Monarchie auf dem Gebiete des Wasserverkehrs durch den Bau von Kanälen und Verbesserung von Flußläufen gerecht zu werden. Der dem Landtage alsbald vorzuliegende Gesetzentwurf fügt demgemäß dem Rhein-Elbe-Kanal hinzu: den Bau eines Großschiffahrtsweges von Berlin nach Stettin, Herstellung leistungsfähiger Wasserstraßen zwischen Oder und Weichsel und Weiterregulierung der Warthe von der Mündung der Neße bis Posen, die Verbesserung der Vorfluth in der unteren Oder und den Ausbau der Spree. Zum lebhaften Bedauern der Staatsregierung haben die Ermittlungen über die Art, in der der Masurische Schiffahrtskanal zur Ausführung zu bringen ist, noch nicht zum Abschluß gebracht werden können, da über den wirtschaftlichen Werth einer solchen Anlage in der Provinz Ostpreußen selbst noch gewichtige Zweifel bestehen und aus Rücksicht auf die Landeskultur Bedenken gegen den Bau erhoben worden sind. Um die Verbesserung der Wasserstraßen zwischen Oberschlesien und Berlin weiter zu fördern und die dafür geeigneten Mittel: Anlegung von Staubecken und theilweise Kanalisierung oder Neuregulierung des Oberstromes zu erreichen, wird die Bewilligung eines hierfür ausreichenden Betrages gefordert werden.

Die Ausführung der erwähnten Projekte wird ein zusammenhängendes, die großen vaterländischen Ströme verbindendes Netz von Wasserstraßen schaffen und der Landeskultur und dem Verkehrsinteresse dienen. Die Staatsregierung gibt sich der Hoffnung hin, daß diese Vorlage die Zustimmung der Landesvertretung finden wird.

Dem Landtage wird ein Gesetzentwurf betreffend Umlegung von Grundstücken in Frankfurt a. M. zugehen. Der Entwurf verfolgt im Anschluß an frühere Verhandlungen den Zweck, der in dieser Stadt herrschenden Wohnungsnoth durch Schaffung von Baugelände abzuhelfen. Wenngleich sich die Vorlage dieses Entwurfs zunächst auf die Stadt Frankfurt a. M. bezieht, so erhält der Gesetzentwurf, der von dem Provinziallandtage der Provinz Hessen-Nassau einstimmig gebilligt worden ist, dadurch eine allgemeine Bedeutung, daß sein Geltungsbereich auch auf andere Gemeinden, falls dies von ihnen beantragt wird, im Wege königlicher Verordnung erstreckt werden können. Wenn hiernach eine für einen einzelnen Staat oder ein bestimmtes Gebiet der Wohnungsfürsorge besonders dringliche Frage vor allem zur Erledigung gebracht werden soll, so erheischt doch die Gestaltung der Wohnungsverhältnisse, namentlich in den dicht bevölkerten, überwiegend industriellen Gegenden weitere die verschiedensten Gebiete kommunaler und staatlicher Fürsorge berührende Maßnahmen. Die Staatsregierung ist in Erörterung darüber begriffen, welche Anordnungen im Verwaltungswege zu treffen und welche einer gesetzlichen Regelung zuzuweisen sein werden, um die hervorgetretenen Mißstände zu mildern und namentlich dem Wohnungsbedürfnis der minder bemittelten Kreise nach Möglichkeit abzuhelfen.

Die Heranziehung gewerblicher Unternehmungen zur Mitleistung für den Wegebau soll für die ganze Monarchie thunlichst einheitlich und gleichmäßig geregelt werden. Ein hierauf gerichteter Gesetzentwurf wird Ihnen voraussichtlich noch in dieser Tagung zugehen.

Auch auf dem Gebiete des Medizinalwesens wird Sie eine Vorlage zur Ausführung des Reichsverschulungsgesetzes beschaffen.

Die besonders geartete Entwicklung der Haupt- und Residenzstadt Berlin und ihrer Vororte, die bereits im vorigen Jahre zu einer Umgestaltung der polizeilichen Verwaltung geführt haben, läßt eine den örtlichen Verhältnissen angepaßte Neuordnung auch auf den übrigen Gebieten der allgemeinen Landesverwaltung erforderlich erscheinen. Ihre Mitwirkung hierzu wird erbeten werden.

Meine Herren! In wenigen Tagen werden zwei Jahrhunderte verfließen sein, seitdem das Königreich Preußen erkand. Diese Erinnerung mahnt uns, festzuhalten und auszubauen, was in langer und schwerer Arbeit unter Führung ruhmreicher Fürsten für Preußens Größe und Wohlfahrt errungen ist.

Seine Majestät der König ist sicher, daß es hierzu an der Hingabe und verständnisvollen Mitwirkung des preussischen Volkes und seiner verfassungsmäßigen Vertretung niemals fehlen wird. Seine Majestät hofft, daß es mit Gottes Hilfe gelingen möge, auch die bedeutendsten Aufgaben der kommenden Session zur glücklichen Erledigung zu bringen.

Auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers und Königs erkläre ich hiermit den Landtag der Monarchie für eröffnet.

* Die Thronrede zur Eröffnung der neuen Landtags- tagung ist vorwiegend in geschäftlichem Tone gehalten. Ueberraschungen bringt sie nicht. Selbst die angekündigte Neuordnung der staatlichen Verwaltungszugehörigkeit Berlins, die wohl auf Schaffung eines neuen Oberpräsidiums abzielt, kommt nicht unerwartet. Wahrscheinlich wird diese Neuordnung, neben den Erörterungen über die erweiterte Kanalvorlage, den Hauptgegenstand parlamentarischer Debatten bilden. Man befürchtet von der Ablösung Berlins aus dem Brandenburger Oberpräsidium in „fortschrittlichen“ Kreisen eine Einengung der städtischen Selbstverwaltung. Wir glauben nicht, daß diese Befürchtung gerechtfertigt ist; als parteitaktisches Anglistmittel wird sie jedenfalls in der nächsten Zeit von der linken Seite gründlich ausgenutzt werden.

Als vor einem Jahre — am 9. Januar 1900 — Fürst zu Hohenlohe den Landtag eröffnete, erklärte er, „daß die Staatsregierung nach wie vor an der Ueberzeugung der Nothwendigkeit der Herstellung eines Schiffskanals vom Rhein bis zur Elbe festhalte.“ Die jetzt angekündigte Vorlage wird als eine erweiterte, den vom Abgeordnetenhaus ausgesprochenen Wünschen entsprechend ausgestaltete, bezeichnet. Diese Erweiterung bezieht sich hauptsächlich auf Wasserbauten in Oberschlesien, während das im vorigen Jahre mit „in erster Linie“ in Betracht gezogene Projekt des masurischen Seentals, allerdings

„zum lebhaften Bedauern“ der Regierung, bis auf weiteres zurückgestellt worden ist. Die Regierung hat offenbar die Vorlage so gestaltet, daß sie hoffen konnte, die Feindschaft der Ostelbier möglichst abzuschwächen und die vernünftigen Kanalgegner möglichst zu entwaschen. Sie hat an Wasserbauplänen, die der Osten wünscht, das Hauptfachliche aufgenommen. Die Gesamtforderung ist auf 458 Millionen Mark gestiegen, und hieron fallen 197 Millionen auf die ostelbischen Landesteile, während 261 Millionen für den Mittellandkanal beansprucht werden. Zwar ist die letztere Summe die größere Hälfte, aber sie ist keineswegs bestimmt, dem Westen allein zu dienen, mit ihr soll die große ostwestliche Wasserstraße geschaffen werden, welche die beiden jetzt auseinanderfallenden Wasserstraßensysteme des Rheins (mit dem Dortmund-Embs-Kanal) und des Ostens mit einander verbindet. Wenn die Agrarier es auch leugnen, so ist es doch ganz sicher, daß die landwirtschaftlichen Produzenten des Ostens großen Vortheil davon haben, wenn ihnen ein wohlfeiler Wasserweg für Getreide, Holz, Kartoffeln und viele andere Erzeugnisse nach dem volkreichen und verbrauchsstarken Westen eröffnet wird, und wenn sie Steinkohlen, Thomasmehl und vielerlei Fabrikate zu billigerer Fracht aus dem Westen beziehen können. Schon die bessere Verwerthung der Walderzeugnisse bedeutet Großes für die Landwirtschaft. Man muß bedenken, daß mehr als ein Viertel der Oberfläche Deutschlands vom Walde eingenommen wird, und daß noch Hunderte von Millionen Mark jährlich ins Ausland wandern für fremdes Holz, das auf den bestehenden Wasserstraßen von der See her billiger eingeführt werden kann. Dagegen ist das Argument, daß der Mittellandkanal die Einfuhr fremder landwirtschaftlicher Erzeugnisse begünstigen würde, jetzt selbst von den Agrariern fallen gelassen worden. Man wird hoffen dürfen, daß die parlamentarischen Debatten diesmal sachlich und daher ruhiger verlaufen werden. Hierzu wird insbesondere eine einheitliche und feste Haltung der Regierung wesentlich beitragen. Käst sich doch nicht verkennen, daß nach dieser Richtung der vorige Landtag unter dem seltsamen Eindruck stand, als ob nicht alle Räte der Krone von der Nothwendigkeit des Kanalbaues überzeugt gewesen wären. Während die Thronrede vom 9. Januar 1900 sich darauf beschränkte, „den Geist einträchtigen Zusammenwirkens zwischen Regierung und Volk“ anzurufen, gibt die heutige der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen werde, „auch die bedeutendsten Aufgaben der kommenden Session zur glücklichen Erledigung zu bringen“. Welche Gesetzentwürfe als die bedeutendsten zu betrachten sind, kann nicht zweifelhaft sein und in Anbetracht der für die wirtschaftliche Entwicklung Gesamtdeutschlands höchst bedeutungsvollen Kanalvorlage ist den Verhandlungen des preussischen Landtags das Interesse des deutschen Volkes gesichert. — Die übrigen in der Thronrede angekündigten Vorlagen greifen zumeist — bis auf die Regelung der Wohnungsfrage — über innere Landesangelegenheiten nicht hinaus. Zu politischen Bemerkungen in einem Theile der Presse dürfte die Thatfache Anlaß geben, daß ebenjowenig wie in der Thronrede zur Eröffnung des Reichstags vom Wechsel im Reichskanzleramt, die preussische Thronrede auf die Neubesetzung der Ministerpräsidentschaft Bezug nimmt.

In wenigen Tagen vollendet sich das zweite Jahrhundert des Bestandes des Königreiches Preußen. Wahrscheinlich Großes haben Preußens Könige geschaffen. Möge die parlamentarische Vertretung der Monarchie den neuen Jahrhundertabschnitt mit weiser und segensreicher Gesetzgebung würdig eröffnen.

Großherzog Carl Alexander †.

Die Preßkundgebungen anlässlich des Ablebens Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs Carl Alexander von Sachsen-Weimar-Eisenach geben übereinstimmend den tiefen Gefühlen der Verehrung Ausdruck, die dem Hingegangenen in allen Schichten des deutschen Volkes entgegengebracht wurde. Wir lassen nachstehend einzelne Aeußerungen folgen. Es schreiben:

„Reichs-Anzeiger“:
Seine königliche Hoheit der Großherzog Carl Alexander von Sachsen-Weimar ist am verflohenen Sonnabend Abend sanft entschlafen. Wenngleich diese Trauertunde bei dem hohen Alter des vereinigten Bundesfürsten und der von den Aeltesten schon seit mehreren Tagen erlittenen Hoffnungslosigkeit seines Zustandes nicht unerwartet gekommen ist, trifft sie doch tief und schmerzlich, und der Helmgang des ritterlichen Hohen Herrn ist über die Grenzen der weimarischen Staaten hinaus für das Gesamt Vaterland ein herber Verlust. Seine Majestät der Kaiser

Großherzogthum Baden.

Karlstraße, 8. Januar.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog empfing heute Vormittag 11 Uhr den Minister von Brauer zur Vortragserstattung. Um 1/2 1 Uhr ertheilte Seine Königliche Hoheit dem Königlich Großbritannischen Geschäftsträger, Alan Johnstone, eine Privataudienz. Derselbe nahm dann an einer Frühstückstafel theil, zu welcher verschiedene Einladungen ergangen waren. Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin war der tiefen Trauer wegen nicht dabei anwesend. Am Nachmittag und Abend nahm Seine Königliche Hoheit der Großherzog die gewöhnlichen Vorträge entgegen.

Ihre Königlichen Hoheiten der Erbprinzessin und die Erbprinzessin sind gestern Abend aus Luxemburg in Coblenz wieder eingetroffen. Seine Königliche Hoheit der Erbprinzessin wird sich voraussichtlich morgen Mittwoch nach Weimar begeben.

** Die Zahl der über Weihnachten 1900 vom 16. bis 25. Dezember auf den nachgenannten Stationen der badischen Bahn abgegangenen und angekommenen Epretzpendungen hat betragen (die in Klammern beigefügten Zahlen bezeichnen den Verkehr des Vorjahres):

	im Versandt:	im Empfang:
Mannheim	12 551 (11 956)	8 351 (7 557)
Hellberg	5 512 (5 283)	5 869 (5 474)
Karlstraße	16 897 (17 865)	12 240 (12 716)
Pforzheim	4 267 (4 209)	4 508 (4 378)
Freiburg	9 407 (9 298)	7 056 (6 987)
	48 634 (48 111)	38 024 (37 112)

** Der Gesamtverkehr mit Borkum und Juist ist des Eises wegen eingestellt.

Dr. Sch. (Schneebestimmungen. Der bisherige Winter ist ungewöhnlich schneearm gewesen. Unterhalb der Höhenlage von 400 m ist bis Jahresabschluss noch kein Schnee gefallen und nur im hohen Schwarzwalde hat sich mehrmals eine geschlossene Schneedecke gebildet; selbst an der höchsten Beobachtungsstelle des Landes, beim Feldberger Hof, ist sie nie höher als 15 cm gewesen. Am Morgen des 5. Januar (Samstag) sind beim Feldberger Hof 15, in Bernau 3, in Gerzbach 1, in Todtnauberg 2 und in Heubronn 2 cm gemessen worden; die Bodenseeregion, die Baar, die südbadischen Ausläufer, sowie die nördliche Hälfte des Schwarzwaldes sind schneefrei gewesen.

* (Badische 4proz. Staatsanleihe.) Wie das Wollische Bureau aus Berlin meldet, mußte die Subskription auf die 4proz. Großh. Badische Staatsanleihe sofort nach Eröffnung geschlossen werden, da schon bei den Vormerkungen sich eine so starke Unterzeichnung ergeben hat, daß den gezeichneten Beträgen nur ein geringer Prozentsatz zugeweiht werden kann.

P. (Entbindung von der Beitragspflicht zu den Kosten der Handelskammern.) Nach der Handelskammergelehrtenliste vom 12. September 1898 können auf das Wahlrecht zu den Handelskammern verzichten und demgemäß von der Beitragspflicht zu den Kosten der Handelskammern entbunden werden diejenigen, deren der Einkommensteuer unterliegenden jährlichen Einkommen aus Gewerbebetrieb — oder aus Dienstverhältnissen — im doppelten Betrage ohne Berücksichtigung der Schulden, aber unter Zuzug ihres Gewerbesteuerkapitals die Summe von 10 000 M. nicht erreicht, sowie auch Genossenschaftler, deren jährlicher Umsatz den Betrag von 100 000 M. nicht überschreitet. Die Handelskammer zu Karlsruhe macht hierauf mit dem Bemerkten aufmerksam, daß ein solcher Verzicht auf das Wahlrecht mit den erforderlichen Bescheinigungen spätestens innerhalb acht Tagen nach Schluß der oben erfolgten Offenlegung der Listen der Wahlberechtigten bei ihr angemeldet werden muß.

* (Eisfest.) Mittwoch, den 9. d. M., Nachmittags von 3 bis 5 Uhr, findet auf der Eisbahn des Stadtgartens ein großes Eisfest mit Konzert der Kapelle des Artillerieregiments Nr. 14 statt. Die Eintrittspreise sind die gewöhnlichen, d. h. 20 Pf. für Nichtabonnenten und 10 Pf. für Abonnenten des Stadtgartens. — Wir machen unsere Leser darauf aufmerksam, daß Eisabonnementskarten nicht allein am Schalter des Stadtgartens, sondern auch bei Herrn Cigarrenhändler Gustav Schneider, Kaiserstraße 122, erhältlich sind.

§ (Schwurgerichtsverurteilung vom 7. Januar.) Unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. v. B. nahmen heute Vormittag die Sitzungen des Schwurgerichts für das I. Quartal 1901 ihren Anfang. Der erste Fall, der dem Richterpruch der Geschworenen unterlag, betraf eine Anklage wegen Verurteilung in Todtschlag. Derselbe richtete sich gegen den 33 Jahre alten Geschäftsführer Hermann Brunns aus Pfliegenberg. Dieser Angeklagte war beschuldigt, daß er am Nachmittage des 10. November gegen den Geflügelhändler R. W. Pfefferle in Karlsruhe, bei dem er bis dahin in Diensten gestanden und mit dem er bei seiner plötzlichen Entlassung wegen Lohnzahlung in Streit gerathen war, zwei Messerstücke geführt habe, um denselben zu tödnen. Pfefferle fing die gegen seine Brust gerichteten Stiche auf und wurde dabei am linken Oberarm nicht unerheblich verletzt. Die Geschworenen erachteten auf Grund der heutigen Beweisaufnahme den Angeklagten der erschweren Körperverletzung für schuldig. Sie bejahten die diesbezügliche Schuldfrage, verneinten aber die Frage nach milderen Umständen, worauf Brunns ein Jahr drei Monate Gefängnis, abzüglich ein Monat Untersuchungshaft erhielt. — In der Nachmittagsitzung stand eine rarer gefährlichen Manjardenstiche, die vornehmlich in den größeren Städten ihr Unwesen treiben, vor dem Schwurgericht. Der Angeklagte war der 29 Jahre alte Anstreicher Friedrich Partleb aus Müppurr. Er verübte am 8. und 9. November zwei Einbrüche in die Gärtenstraße und eines Hauses in der Kaiserstraße in Karlsruhe und entwendete dabei eine Damenuhr, einen Ring, mehrere Anzüge und eine Frauenjacke. Bei dem ersten Diebstahl wurde Partleb von dem Mädchen, dessen Kammer er erbrochen hatte, betreten. Um sich mit seinem Raube zu retten, überfiel der Angeklagte das Mädchen und verletzete ihm mit einem Stemmeln, das er bei sich führte, mehrere Schläge auf den Kopf. Glücklicher Weise trug das Mädchen keine ernstlichen Verletzungen davon. Auf Grund des Richterpruchs der Geschworenen, die dem Angeklagten, einem schon vielfach bestraften Menschen die Zubilligung milderer Umstände verweigerten, wurde Partleb wegen räuberischen Diebstahls und wegen schwerer Diebstahls

und König beklagt in seinem dahingehenden erlauchten Großvater einen väterlichen Freund, von dem er in Freud und Leid vielfache Beweise eines liebevoll eingehenden Verständnisses in politischen und anderen Fragen erfahren hat. Unsere Kunst und unsere Wissenschaft trauert um den erleuchteten, hilfsreichen Förderer, der noch mit den Erinnerungen der großen Weimarschen Zeit unserer Nationalliteratur verwahten war. Geistesreich bis in seine letzten Tage hinein und warmherzig bewegt durch alles, was Deutschlands Wohl und Wehe berührt, hat der nach langer, gesegneter Regierung abberufene Großherzog, getreu den hochsinnigen Ueberlieferungen seines Hauses, ein vorbildliches Beispiel landesherrlichen und reichsfürstlichen Wirkens hinterlassen. Mit ihm scheidet wieder ein edler Bundesfürst aus dem immer enger werdenden ehrwürdigen Kreise der deutschen Regenten, die vor einem Menschenalter Zeugen und Förderer der Gründung des Reiches waren. Möge dem jugendlichen Nachfolger Carl Alexander's beschieden sein, auf den Wegen seines unvergeßlichen Großvaters in gleicher Treue und mit gleichen Ehren zu wirken für sein Land, wie für Kaiser und Reich!

„Norddeutsche Allgemeine Zeitung“:
Die deutsche Presse begleitet die Kunde vom Hinscheiden des allverehrten großen Fürsten nicht nur mit Bezeugungen der Trauer, sondern auch mit theilweise sehr eingehender Würdigung des Großherzogs als Förderers der deutschen Einheit und der Wohlfahrt seines Landes, sowie als Pflegers der weimarschen Tradition in Kunst und Wissenschaft, ohne daß er darum den Blick von der notwendigen Ausgestaltung unserer Wehrkraft abgewendet hätte. Allseitig wird betont, wie der Bruder der ersten Deutschen Kaiserin, deren Todestag sich gerade am 7. Januar wieder jährt, sein Leben lang dem erhabenen Vorbild seines Hauses, dem Großherzog Carl August, mit Einsicht und Erfolg nachgestrebt habe.

„Dresdener Journal“:
Mit dem Großherzoge Carl Alexander ist der älteste der deutschen Bundesfürsten und ein Träger großer, dem deutschen Volke unvergeßlicher Ueberlieferungen, die das Leben dieses Fürsten durchdrungen, geleitet und beherrscht haben, heimgegangen. Eigene Neigung, Erziehung und die Traditionen seines Hauses erfüllten ihn mit einer selten gewordenen Vielseitigkeit der Interessen und der Bildung. Stand natur- und pflichtgemäß die erste Vorbereitung für den künftigen fürstlichen Beruf im Vordergrund seiner Entwicklung, so füllte doch schon der jugendliche Erbprinz als Pflicht, die warme und fördernde Theilnahme für alle Lebensfragen friedlicher Kulturentwicklung wie ein heiliges Erbe zu bewahren. In die lange ereignisreiche Regierungsperiode des Großherzogs Carl Alexander fielen die großen Kämpfe um die künftige Gestaltung der deutschen Dinge und die Neugründung des Reiches. Dem Großherzoge war hier sein Platz an der Seite seines erlauchten Schwagers des Königs und Kaisers Wilhelm I. gleichsam gegeben. Bis zuletzt war ihm vergönnt die Ideale seiner Jugend in lebendiger Weiterwirkung sich zu erhalten, sich der treuesten Anhänglichkeit seiner Unterthanen und der ungeheuersten Verehrung vieler Tausende der Besten im deutschen Volke zu erfreuen und eines ehrenreichen Gedächtnisses in der deutschen Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts gewiß zu sein.

„Kreuz-Zeitung“:
Er war ein gültiger Vater des engeren Vaterlandes, der nach allen Richtungen hin die großen Traditionen von Weimar aufrecht erhielt. In der deutschen Frage war der heimgegangene Herr ein treuer Parteigänger der Hohenzollern und ein Befürworter der so viel umstrittenen preussischen Spitze. Mit vieler Tapferkeit verzichtete er gern auf Unhaltbares und leitete den Uebergang in neue, größere Verhältnisse mit sicherer Hand. . . .

„Kölnische Zeitung“:
Trauernd stehen heute an der Bahre des geliebten Landesfürsten die Bewohner des Großherzogthums Sachsen-Weimar-Eisenach, und ihr Schmerz findet Mitgefühl nicht nur in sämtlichen Thüringischen Staaten, sondern in allen Theilen Deutschlands. Denn des hingestiegenen Fürsten Thätigkeit war für die kulturelle Entwicklung des kleinen Großherzogthums so auch für die politische Gestaltung des großen deutschen Vaterlandes von unläugbarer Bedeutung.

Münchener „Allgemeine Zeitung“:
Dem Königl. Hohenzollernhause durch Verwandtschaft aufs Engste verbunden, hat der Verstorbenen zu allen Zeiten als treuer Berater, als Helfer und Bundesgenosse den preussischen Herrschern zur Seite gestanden. Mit landesväterlicher Sorgfalt pflegte und förderte er die Wehrkraft seines Sachsenhammes, und so oft Krieg drohte und Krieg entbrannte, trat er vertrauensvoll seinem königlichen Freunde zur Seite. So war es ihm vergönnt, den nächsten Antheil an den weltgeschichtlichen Siegen des Jahres 1870/71 zu nehmen und an dem ewig denkwürdigen Tage, der alle deutschen Erfolge krönte, am Tage der Begründung des Reiches in Versailles, seinem kaiserlichen Schwager die Freundeshand zu reichen.

„Schwäbischer Merkur“:
So konnte der Großherzog auf eine segensreiche Wirksamkeit mit Befriedigung zurückblicken, wie dies schon zum 25-jährigen Regierungsjubiläum von dem ganzen Lande anerkannt wurde. Bekannt ist, daß der Großherzog stets bemüht gewesen ist, die Einheitsbestrebungen Deutschlands zu fördern, und daß er durch Theilnahme an dem Kriege 1870/71, sowie durch seine Anwesenheit bei der Kaiserproklamation in Versailles seine patriotische Gesinnung kundgegeben hat. . . .

(Telegramme.)

* Weimar, 8. Jan. Gestern Abend fand unter großer Theilnahme der Bürgerschaft die Ueberführung der Leiche vom Schloß nach der Garnisonskirche statt. Militär bildete bis zur Kirche Spalier. Vor dem Sarge schritt die Dienerschaft, Hofbeamte und Abordnungen von Vereinen. Dem Sarge folgten Seine Königliche Hoheit der Großherzog, Herzog-Regent von Mecklenburg-Schwerin, der beiden Prinzen Reuß, der Landtagsvorstand, das Ministerium, Abordnungen der Militärvereine mit Fahnen. Am Eingange der Kirche empfing der Oberhofprediger den Sarg, der sodann im Kirchenschiff aufgebahrt wurde. Zu beiden Seiten hatten die Ehrenwachen Aufstellung genommen. Nach kurzem Gebet verließen die Theilnehmer an dem Trauerzuge die Kirche.

* Weimar, 8. Jan. In der gestern veröffentlichten Proklamation seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs Wilhelm Ernst über den Regierungsantritt gedenkt der Großherzog in warmen Worten der Regierung des verstorbenen Großherzogs und erklärt, er wolle die Regierung treu und gewissenhaft im Einklange mit der Verfassung führen und das Andenken an seinen Großvater dadurch ehren, daß

er in seinem Sinne wirken und die Ueberlieferungen seines Hauses als ein theures Vermächtniß bewahren und pflegen werde. Der Großherzog bestätigt sodann alle von seinem Großvater ernannten Beamten in ihren Befugnissen und ihrer Wirksamkeit und erwartet, daß sie ihre Pflicht treu bewahren und erwarten, daß sie das Andenken an den dahingegangenen hochherzigen Landesfürsten dadurch hochhalten und bewahren, daß sie seinem Enkel und Nachfolger dieselbe Ergebenheit und den gleichen Gehorsam bezeugen. Schließlich entbietet der Großherzog den Unterthanen seinen Gruß und die Versicherung seiner landesherrlichen Huld und Gnade.

* Berlin, 8. Jan. Das „Armeeverordnungsblatt“ veröffentlicht einen Armeebefehl Seiner Majestät des Kaisers vom 7. d. M., worin die Trauer des Kaisers und der Armee über das Hinscheiden Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs von Sachsen-Weimar ausgedrückt und bestimmt wird, daß sämtliche Offiziere eine dreitägige Trauer anzulegen haben. Die Offiziere der Garnisonen von Sachsen-Weimar-Eisenach haben sich der Landestrauer anzuschließen. Bei dem 8. Kürassierregiment, dessen Chef der Verstorbene war, und bei dem 1. Kürassierregiment, dem der Großherzog anlässlich der Uebernahme in den Verband der preussischen Armee angehört hat, währt die Trauer acht Tage.

* Schwerin, 8. Jan. Der Großherzogliche Hof legte für Seine Königliche Hoheit den Großherzog von Sachsen-Weimar eine 4stägige Trauer an.

* Darmstadt, 8. Jan. Der Großherzogliche Hof legt für Seine Königliche Hoheit den verstorbenen Großherzog von Weimar eine zweiwöchentliche Trauer an.

Die Landesversammlung der Schwäbischen Volkspartei.

1 Stuttgart, 7. Januar.

Die gestrige Landesversammlung der Volkspartei soll die stärkste gewesen sein, die sich seit Jahren an diesem seit langem eingetragenen Termin zusammengefunden hat, und trug wesentlich den Charakter einer Siegesfeier. Als Gäste waren unter anderem mehrere badische Abgeordnete anwesend und einer von ihnen, Herr Muser, hatte die Ehre, der Versammlung als erster Redner „demokratische Gedanken an der Jahrhundertwende“ auszusprechen. Die Gedankengänge des Redners sind wahrhaftig in Baden zu sehr bekannt, als daß der Berichterstatter dabei länger verweilen möchte, nur das sei verzeichnet, daß Herr Muser in einem Loos die Schwaben (natürlich soweit sie zur Volkspartei gehören) große Komplimente machte, während er in Baden „mehr politische Intelligenz und mehr selbstständiges Denken“ verbreitet sehen möchte. Möge er sich darüber mit seinen Landsleuten auseinandersetzen!

Von württembergischen Abgeordneten sprachen die drei Führer Payer, Conrad und Friedrich Haußmann. Aus dem Generalbericht über die Wahlen, den der Letztere erstattete, erhellt die Befestigung, daß die Volkspartei nicht ohne Anstrengung in den Wahlkampf gezogen ist. Jetzt, nach dem Sieg ist ihr natürlich der Rumm geschwollen und Herr Fr. Haußmann hat sogar den starken Glauben, daß die Volkspartei die Sozialdemokratie wieder zurückdrängen werde, die Bundesgenossin, ohne die man bereits nicht mehr aufrecht stünde und der man die eigene Wählerchaft systematisch in die Arme führt. Conrad Haußmann besprach hauptsächlich den Ministerwechsel. Er hielt sich die Beklemmungen der volksparteilichen Presse wegen der Ernennung des Kriegsministers zum Ministerpräsidenten vom Weibe, glaubt nicht, daß sich ein Systemwechsel ankündigt und will die beiden neuen Minister (eigentlich neu ist nur Herr v. Soden) erst nach ihren Thaten beurtheilen: sind sie „Freunde der Reform“, so werden sie auch die Freundschaft der Volkspartei haben. Ueber die eigenen Absichten der Volkspartei, insbesondere wie sie sich einen neuen Versuch der Verfassungsrevision denkt, erfuhr man auf der Versammlung nichts, dafür war unmittelbar zuvor in der „Frankf. Ztg.“ ein Artikel aus der Feder Conrad Haußmann's erschienen, der der Regierung für die demnächstige Thronrede Direktiven zu geben versucht. Der lange Rede Sinn ist, obgleich der Artikel das nicht Wort haben will, doch kein anderer, als daß man von der Regierung einen Druck auf die Privilegirten erwartet. Mit demselben Anfinnen ist die Volkspartei mehr oder weniger offen schon während des letzten Landtages an die Regierung herangetreten, wengleich ohne Erfolg.

Abg. Payer sprach über den Reichskanzlerwechsel und die Reichsfragen. Seine Ausführungen waren im ganzen gemäßigt, namentlich auch diejenigen über die Chinapolitik. Vielleicht hat zu dieser Zurückhaltung die starke Entgleisung beigetragen, die wenige Tage zuvor dem Parteiorgan „Beobachter“ passirt war, indem er die Hinrichtung des Mörders des Frhrn. v. Ketteler als eine „in der That schändliche Handlung“ und „ganz infame Willkür“ bezeichnet hatte. Der „Preussenschuß“ der Partei und der Chefredakteur selbst sahen sich veranlaßt, dieser Enunciation einer „Hilfskraft“ entgegenzutreten. Ein gewisser resignirter Ton war in den Ausführungen Payer's nicht zu verkennen, wie denn der „Beobachter“ vor wenigen Tagen geradezu angekündigt hat, die Volkspartei werde sich von dem vorerz für sie undankbaren Gebiet der Reichspolitik möglichst zurückziehen, um sich mit ganzer Kraft den Landesfragen zu widmen. Im „Garten des Reichs“, in dem die Freiheit blüht“ glaubt man diesmal sicher Vorbeeren pflanzen zu können.

zu acht Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und zur Stellung unter Polizeiaufsicht verurtheilt.

Manheim, 7. Jan. Herr Kommerzienrat Karl Eckhard hat zu der anlässlich seines 70. Geburtstages am 13. März 1892 mit einem Kapital von 10 000 M. errichteten Aussteuerstiftung anlässlich eines neuerlichen Familienfestes eine Zusage von 5 000 M. gemacht. — Mit Rücksicht auf das herrschende Frostwetter wurde vom Stadtrath beschlossen, die Arbeitszeit der mit Steinklopfen beschäftigten Rothstandsarbeiter im Interesse der Gesundheit derselben auf die Zeit von Vormittags 10 bis 12 Uhr und Nachmittags 1 bis 4 Uhr zu beschränken. Die Löhne für diese beschränkte Arbeitszeit werden wie folgt festgesetzt: für verheiratete Arbeiter auf 2 M. pro Tag, für ledige Arbeiter über 20 Jahre auf 1 M. 50 Pf., unter 20 Jahren auf 1 M. pro Tag. — Der Rhein geht seit gestern in seiner ganzen Breite mit Treibeis. Mächtige Eisklößen bedecken den Strom. Der Redar ist vor der Brücke aufwärts vollständig zugefroren, dagegen von der Brücke abwärts bis zur Mündung in den Rhein noch offen. — Vom Stadtrath wurde in seiner letzten Sitzung der Antrag der freisinnigen Mitglieder, Stellung gegen den Doppeltarif und gegen eine weitere Erhöhung der Getreidezölle zu nehmen, mit 15 gegen 11 Stimmen abgelehnt und zwar aus Kompetenzgründen.

Manheim, 7. Jan. Während im Jahre 1891 beim hiesigen Arbeitssachweissbureau 19 348 männliche Arbeitskräfte verlangt wurden, ist diese Zahl im Jahre 1900 auf 16 788 zurückgegangen, wovon gegen sich der Andrang der Arbeitsuchenden von 37 986 auf 47 871 vermindert hat. Den Wendepunkt stellt der Juni 1900 dar.

B.N. Heidelberg, 8. Jan. Am 5. Januar wurde das von der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft in Berlin hier errichtete Elektrizitätswerk durch die Stadt übernommen. Die Kosten betragen über eine Million Mark. Die Zahl der Anschlüsse, welche bis jetzt zur Ausführung gekommen sind, beträgt erst 233, auch der Stromverbrauch läßt noch zu wünschen übrig. Es wurde deshalb auch der Preis für elektrisches Licht von 70 auf 65 Pf. herabgesetzt.

B.N. Offenburg, 8. Jan. Rummel liegt das genaue Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 vor. Nach demselben befinden sich am genannten Tage in der hiesigen Stadt 13 669 Personen, darunter 10 352 Katholiken, 2 962 Protestanten, 327 Israeliten und 38 Sonstige.

Freiburg, 7. Jan. Das Enteignungsverfahren anlässlich der Errichtung der elektrischen Straßenbahn gegen die beiden Häuserbesitzer Bäckermeister A. Bing und Fabrikant A. Pfeilhacker an der Kaiserstraße beim Marinisthor ist nunmehr beendet. Danach hat nach dem Feststellungsbescheid des Herrn Landeskommissärs die Stadtgemeinde Freiburg an Ersteren 148 000 M., an Letzteren 315 000 M. für Erwerbungen der betreffenden Häuser zu bezahlen. — Die vom Stadtrath genehmigte öffentliche Verpachtung der städtischen Jagden für 1901/10 hat sehr schöne Erträge geliefert; den höchsten derselben bringt der Jagdbezirk Mooswald mit jährlich 2 500 M. ein. — Die öffentliche Untersuchungsanstalt hiesiger Stadt führte in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember vergangenen Jahres 165 Untersuchungen von Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Verbrauchsgegenständen aus, wobei nur sehr wenige Gegenstände beanstandet wurden. — Die akademischen Kurse für Kaufleute haben hier einen guten Boden gefunden. Der vierte Kurs beginnt übermorgen mit den Vorträgen des um die Belehrung weiterer Kreise hochverdienten Herrn Professors Dr. Fuchs über „Börse und Wechsel“. — Eine sinnige Feier begeht internationalen Warenhandels. — Eine sinnige Feier begeht morgen Abend der Mütterverein. — Ein glücklicher Familienabend aus Anlass der Anwesenheit des beim Untergang des Schiffs „Gneisenau“ glücklich geretteten Sohnes des Vereinsmitgliedes Billhard.

Großherzogliche Baugewerkschule Karlsruhe.

Das XXIII. Schuljahr der Großherzoglichen Baugewerkschule hat am 3. November d. J. begonnen. Die Anmeldung neuer Schüler lag in gleich hoher Zahl wie in den letzten Jahren vor. Nach regulärer Prüfung wurde die Aufnahme derselben mit der Zahl 153 abgeschlossen. Eine größere Anzahl junger Leute, welche das vorgeschriebene Alter oder die nötigen Vorkenntnisse nicht hatten, mußte abgelehnt werden. Mit 508 Schülern gegen 462 im Vorjahr wurde das Semester eröffnet. Mit dieser Schülerzahl ist auch die Befestigung der der Anstalt zur Verfügung stehenden Unterrichtsraumlichkeiten mehr als erreicht. Es war deshalb dringend nötig, daß der Erweiterungsbau, der im Monat September in Angriff genommen wurde, im letzten Landtage zur Genehmigung gelangte, zumal die Erweiterung der majestätischen Abtheilung und die Errichtung einer elektro-technischen Abtheilung in Aussicht genommen ist. Von diesen 508 Schülern gehören 455 dem Großherzogthum Baden an; von den 53 Nichtbadenern waren 14 aus der Rheinpfalz, 11 aus Preußen, 8 aus Württemberg, 6 aus Hessen, 6 aus der Schweiz, 4 aus Elsaß-Lothringen, 1 aus Sachsen-Weimar, 1 aus Braunschweig, 1 aus Anhalt, 1 aus Niderrhein. Die äußerste Befestigung der verfügbaren Unterrichtsraumlichkeiten war wiederum die Veranlassung, daß nur solchen Ausländern Aufnahme gewährt wurde, welche nach jeder Hinsicht genau den Aufnahmebedingungen der Anstalt entsprechen. Die Gesamtanzahl umfaßt, außer der Abtheilung zur Heranbildung der Gewerbetreibenden, 20 Klassen. Außer dem Direktor wirken an derselben 33 Lehrkräfte; dazu kommen 1 Verwaltungssachverständiger, 1 Kanzleiassistent, 1 Hausmeister, 2 Diener und 1 Hilfsdiener. Die Frequenz der einzelnen Abtheilungen ist folgende: 1. Hochbautechnische Abtheilung 309; 2. Bahn- und Tiefbautechnische Abtheilung 64; 3. Maschinenbautechnische Abtheilung 101; 4. Abtheilung zur Heranbildung der Gewerbetreibenden 34. Vor dem Eintritt in die Anstalt haben die derzeitigen Baugewerkschüler nachstehende Schulen besucht: Gymnasien beziehungsweise Realgymnasien 32, Realschulen 78, Seminarien 18, Gewerbeschulen 39, zusammen 508. Das Durchschnittsalter sämtlicher Schüler, welches im Vorjahre 22,07 Jahre betrug, beträgt im laufenden Semester 22,03 Jahre. In praktischer Thätigkeit waren, den Bestimmungen der Aufnahme entsprechend, vor dem Eintritt in die Anstalt, abgesehen von den 34 Gewerbetreibenden, welche hinsichtlich einer solchen Thätigkeit besonderer Vorschriften unterworfen sind, alle Schüler, und zwar durchschnittlich mit 5,01 Jahren gegen 4,43 im Vorjahre. Von den 455 badischen Landesangehörigen sind 141 Schüler aus dem Kreise Karlsruhe. Der männlichen Einwohnerzahl der Kreise nach ist die Frequenz der Anstalt aus den Kreisen Karlsruhe mit

1,05, Bilingen mit 0,70, Konstanz mit 0,61 und Heidelberg mit 0,56 pro Tausend am stärksten, die aus den Kreisen Baden und Waldsbühl mit 0,43 und Freiburg mit 0,34 am schwächsten.

England und Transvaal.

(Telegramme.)

London, 8. Jan. Das Reuter'sche Bureau meldet: Eine Depesche Kitshener's aus Pretoria meldet: Oberst Babington hatte ein Gefecht mit den Kommandos Delarey's und Steenkamp's bei Naampoori. Der Feind, dessen Verlust auf 20 Tode und Verwundete geschätzt wird, wurde gezwungen, sich zurückzuziehen. Die britischen Verluste sind noch nicht bekannt. Kommandant Dupreez wurde gefangen genommen. — In Heilbron angekommene Verwundete berichten, eine zu General Knop gehörende Abtheilung von 120 Mann gerieth in der Nähe von Lindley mit einer stärkeren feindlichen Abtheilung in ein Gefecht. Oberstleutnant Vaing, zwei Offiziere und 15 Mann wurden getödtet, zwei Offiziere und 20 Mann verwundet.

Matjesfontein, 8. Jan. Eine Burenabtheilung, die etwa 1500 Mann stark sein soll, stand, wie „Daily Mail“ meldet, gestern vier Meilen nördlich von Sutherland.

Kapstadt, 8. Jan. In Calvinia, Clanwilliam, Piquetberg, Malmesbury, Tulbagh, Paarl und Stellenbosch ist das Kriegsrecht verhängt worden. — Aus Clanwilliam wird gemeldet, daß eine Schaar der in das Kapland eingedrungenen Buren in Calvinia eingetroffen sei und in ein bis zwei Tagen dort erwartet werde.

Kapstadt, 8. Jan. Der Herausgeber des Blattes „Draakland“ ist unter der Anklage der Veröffentlichung einer aufwieglerischen Schrift verhaftet worden.

Madrid, 8. Jan. Die Partei der republikanischen Föderalisten in Madrid richtete an die Kammer eine Kundgebung, worin beantragt wird, Spanien solle sich der ersten Forderung nach einem Schiedsgericht in Sachen des südafrikanischen Krieges anschließen, möge diese von Holland und irgend einer anderen Nation ausgehen. Sollte eine solche Forderung aber nicht gestellt werden, so müsse Spanien dazu die Initiative ergreifen.

Die Vorgänge in China.

(Telegramme.)

Neapel, 8. Jan. Kapitän Lans von der „Itis“ ist gestern hier eingetroffen. Bei der Begrüßung an Bord des „König Albert“ sagte der deutsche Konsul: „Alle Deutschen, ebenso alle übrigen Europäer, erfüllen das tapfere Verhalten des Kommandanten und der Mannschaft der „Itis“ mit Bewunderung. Die deutsche Kolonie sei stolz darauf, zuerst den Soldaten namens der deutschen Landsleute zu begrüßen. Der Konsul überreichte Lans darauf die Statue der Victoria. Von den ebenfalls eingetroffenen vier deutschen Soldaten sind zwei schwer verwundet. Der eine ist ein Matrose, der an dem Zuge Seymour's theilgenommen hat. Er wurde fünfmal durch Schüsse in den Hals und das Gesicht verwundet. Er hat ein Auge eingebüßt. Der Dampfer „König Albert“ geht heute Abend nach Hamburg und Bremen weiter.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 7. Jan. Der Ausschuss für die Errichtung einer Reichshandelsstelle trat heute zu einer erweiterten Sitzung zusammen, wobei fast sämtliche Handelskammern, die sich bisher für den Plan erklärten, vertreten waren. Die Versammlung sprach ihre Zustimmung zu der dem deutschen Handelsrat in der Vollversammlung vorliegenden Resolution aus, die die Errichtung eines zentralen Auskunftsamtes für den Außenhandel unter der Oberleitung des Reiches im Interesse der Erhaltung und Ausdehnung unserer Ausfuhr für wünschenswert hält. Nach der Vorlegung der Denkschrift durch Generalsekretär Wendlandt wurde der Antrag des Kommerzienrathes Goldberger angenommen, betreffend die Unterbreitung einer Denkschrift an den Staatssekretär des Innern. Der Zweck und die Aufgabe der Reichshandelsstelle war im Organisations- und Finanzplan dargelegt.

Friedrichshafen, 8. Jan. In einer Versammlung des Verkehrsbeamtenvereins erschien der frühere Ministerpräsident v. Mittnacht. In einer Rede forderte er zum Vertrauen zur Regierung auf und erklärte, daß ihn einzig und allein die Rücksicht auf sein hohes Alter und nichts anderes zum Rücktritt veranlaßt habe.

Budapest, 8. Jan. Der ehemalige Handelsminister und Oberkommissar der ungarischen Abtheilung der Pariser Weltausstellung, Bela Lukacs, stürzte sich gestern in die Donau und ertrank. Lukacs litt seit zwei Monaten an einer ersten Nervenkrankheit.

Saag, 8. Jan. Der Verlauf der Bronchitis des Präsidenten Krüger ist normal, das Allgemeinbefinden befriedigend.

Paris, 8. Jan. Dem „Siècle“ zufolge beschäftigt sich die Regierung gegenwärtig mit der Frage, ob es nicht praktischer wäre, die Kolonialarmee, die vor einigen Monaten durch ein Gesetz dem Kriegsministerium zugewiesen wurde, dem Kolonialministerium zuzuweisen. — „Echo de Paris“ behauptet, das Petersburger Kabinett habe das Kabinett Waldeck-Roussieu während der Kammerberatung über das Kriegsbudget darauf aufmerksam gemacht, daß Rußland den Bündnisvertrag als ipso facto aufgelöst betrachten würde, falls der Kriegsminister einen Gesetzentwurf über die Verminderung der militärischen Dienstzeit einbringen sollte. Auf diese Warnung sei es zurückzuführen, daß der Kriegsminister Andrej seinen Plan betreffend Einführung der zweijährigen Dienstzeit vorläufig aufgegeben habe.

Paris, 8. Jan. Die radikalen Blätter treten mit großer Entschiedenheit für die Wahl Brissons zum Kammerpräsidenten ein, da sie gleichzeitig auch eine Vertrauensumgebung

für das Ministerium bedeute. Deschanel sei dagegen zweifellos der Mann der Nationalisten; er habe das trotz der Bezeichnung seiner republikanischen Gesinnung durch parteiliche Leitung der Debatten wiederholt bewiesen.

Verschiedenes.

Berlin, 7. Jan. Am heutigen Todestage der hochseligen Kaiserin Augusta wurde wieder das Innere des Mausoleums zu Charlottenburg in pietätvoller Weise mit einem herrlichen Flor von Blumen und blühenden Sträußern decorirt, die den Altar umgaben, auf dem die Kerzen entzündet waren. Eine Abordnung von Offizieren des Königin Augusta Garde Grenadierregiments Nr. 4 erschien mit einem herrlichen Kranz aus Rosen und mächtigem Palmwedel, dessen in der blauen Regimentsfarbe gehaltene Atlaschleife die Widmung in Golddruck enthielt. Ihre Majestäten kamen Nachmittags. In der Kaiserin Augusta-Stiftung waren in der Zeit von 11 bis 12 Uhr die Böglinge der Anstalt mit der Oberin und den Lehrkräften zu einer Andacht in der Kapelle versammelt, welche vom Pfarrer Blau abgehalten wurde und welcher auch der erste Kurator der Stiftung, General der Infanterie v. Strubberg, betwohnte, der nach der kirchlichen Feier mit der Oberin, Fräulein v. Grünwald, und den Böglingen den üblichen Gang nach dem Mausoleum antrat. Eine Fier hatte auch im Augusta-Hospital stattgefunden. Auf Anordnung Ihrer Majestät der Kaiserin wurden von 12 bis 1 Uhr die Gloden der Gnadenkirche geläutet.

Berlin, 8. Jan. Dem Grafen Zeppelin, der in der Kolonialgesellschaft einen Vortrag über sein Luftschiff hielt, ließ Seine Majestät der Kaiser durch General Fahnke den Rothen Adlerorden erster Klasse überreichen mit einer Kabinettsordre, in der er seine Anerkennung für die Erfolge mit dem lenkbaren Luftschiff auspricht und die Luftschifferabtheilung anweist, so oft es möglich erscheint, einen Offizier zu Zeppelin's Versuchen zu entsenden.

Berlin, 8. Jan. Der zweite Bürgermeister Berlins, Brindmann, ist beim Reiten an Herzschlag gestorben.

Berlin, 8. Jan. (Telegr.) Der Geh. Justizrath Professor Dr. G., einer der hervorragendsten Vertreter der hiesigen juristischen Fakultät, ist einem Herzleiden erlegen.

Hamburg, 8. Jan. (Telegr.) Die von dem englischen Rheder- und Schiffsmaklerhause Gellatly, Hankey & Co. unterhaltene Dampferverbindung zwischen Antwerpen und Buenos Ayres geht nach einer kürzlich getroffenen Vereinbarung auf die Hamburg-Amerika-Linie über, welche diese Verbindung gemeinsam mit der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft zu einem regelmäßigen vierzehntägigen Dampferdienst zwischen den beiden Häfen ausgestaltet wird. Die Firma Gellatly, Hankey & Co. übernimmt die Generalagentur für die neue deutsche Linie in Antwerpen und Paris.

Kaschau, 7. Jan. (Telegr.) Bei Abani-Szanto wurden drei junge Mädchen, die zur Kirche gingen, erfroren aufgefunden. Auch in anderen Orten des Komitats erfroren mehrere Personen.

Paris, 7. Jan. (Telegr.) Während die Kälte etwas nachläßt, fällt seit sechs Uhr Schnee, wodurch in den Hauptverkehrsstraßen Glatteis entsteht. Während zwei Stunden ruhte der Verkehr der Droschken und Omnibusse vollständig. Auch aus dem übrigen Frankreich wird großer Schneefall gemeldet.

Laroch, 8. Jan. (Telegr.) Der Rom-Expressezug ist gestern bei Villeneuve in der Nähe von Paris entgleist. Personen sind nicht verletzt.

Großherzogliches Hoftheater.

Spielplan.

Im Hoftheater Karlsruhe.

Mittwoch, 9. Jan. Abh. 8. U. 8. V. (Mittelpreise): „Der Barbier von Sevilla“, komische Oper in 2 Aufzügen, Musik von Rossini. — Figaro: Anton Moser vom Stadttheater in Zürich; Bartolo: Julius Grosser in Darmstadt als Gäste. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Donnerstag, 10. Jan. Abh. 8. U. 8. V. (Kleine Preise) Zum ersten Mal: „Johanniseuer“, Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann. Anfang 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Wetterbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hyd., vom 8. Jan. 1901.

Das barometrische Maximum, das seit einer Woche die Witterungsverhältnisse Mitteleuropas beherrscht, hat seit gestern an Höhe zugenommen; in seinem über der mittleren Dniez gelegenen Kerne hat der Luftdruck 780 mm überschritten. Auf dem Festlande hält bei meist heiterem Himmel der strenge Frost an. Vor dem Kanal ist eine Depressionserscheinung, welche in ihrer näheren Umgebung Regen- und Schneefälle verursacht; wahrscheinlich wird sie ihren Wirkungsbereich ostwärts ausdehnen, weshalb bei nachlassendem Frost bewölktetes Wetter mit stellenweisen leichten Schneefällen zu erwarten ist.

Witterungsbeobachtungen der Meteor. Station Karlsruhe.

	Barom. mm	Therm. in C.	Wind. in mm	Feuchtigkeit in mm	Wind. in mm	Himmel
7. Nachts 9 ⁰⁰ U.	753.9	-6.2	1.7	61	NE	heiter
8. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	753.6	-9.4	1.8	84	„	„
8. Mittags. 2 ⁰⁰ U.	753.3	-4.2	2.1	64	„	wolkig

Höchste Temperatur am 7. Januar: -4.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -10.0
Niederschlagsmenge des 7. Januar: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins. Maxan, 8. Jan.: 2.91 m, gefallen 14 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe.

und höher! — 12 Meter — porto- und zollfrei zugesandt! Muster zur Auswahl, ebenso von schwarzer, weißer und farbiger „Henneberg-Setze“ für Blausen und Roben, von 85 Pf. bis Mk. 18.65 p. Met. — Eigene Fabrik auf deutschem Zollgebiet.

Zur ächt, wenn direkt von mir bezogen!
G. Henneberg, Seiden-Fabrikant, Zürich.
Königl. und Kaiserl. Hoflieferant.

Damast-Seiden-Robe Mk. 16.20

